

# PLENUM 2020



## In dieser Ausgabe:

### THEMA DER WOCHE:

Drei Schritte, um den Menschen aus Moria zu helfen

### MARTINA STAMM-FIBICH:

Duogynon-Geschädigte müssen am Prozess beteiligt werden

### GABRIELA HEINRICH:

Wie weiter mit Russland?

### CARSTEN TRÄGER:

Nachhaltigkeit: Zukunftsfähigkeit und Zusammenhalt

## Drei Schritte, um den Menschen in Moria zu helfen

Wir brauchen einen langen Atem für eine europäische Lösung.

**Die Bilder aus dem griechischen Flüchtlingslager Moria waren schon immer schrecklich. Jetzt, nach dem Brand, ist es noch schlimmer geworden. Wir brauchen Soforthilfe, die Aufnahme von Menschen und einen langen Atem für eine europäische Lösung.**

Für uns als SPD war nach dem Brand in Moria klar: Wir in Deutschland müssen helfen, und wir können helfen. Leider war das nicht allen in der Großen Koalition klar. Wir haben nicht lockergelassen und am Ende einen Kompromiss gefunden. Dieser ermöglicht jetzt, dass zunächst fast 3.000 Menschen die griechischen Inseln verlassen und bei uns aufgenommen werden. Unsere Unterstützung für die griechischen Inseln muss aber aus drei Schritten bestehen, aus Soforthilfe, Übernahme von Menschen und langfristig einer europäischen Lösung.

### **Schritt 1: Soforthilfe**

In Griechenland sind Menschen in akuter Not: Sie haben Hunger, sie haben Durst, sie haben kein Dach über dem Kopf. Solche Zustände kennen wir nur allzugut aus Kriegsgebieten. Was es dort braucht, ist humanitäre und technische Hilfe vor Ort. Nicht nur in Syrien oder dem Jemen. Sondern auch in Europa, auf den griechischen Inseln. Die Hilfe ist bereits gestartet, zum Beispiel sind das Deutsche Rote Kreuz und das THW vor Ort auf Les-

bos. Zu unserer humanitären Hilfe vor Ort zählen etwa 1028 Zelte, 7000 Schlafsäcke, 1400 Feldbetten, 22 Sanitärcontainer, Decken und Schlafunterlagen. Das ist ein Fortschritt. Denn bisher war es oft schwierig, Griechenland zu unterstützen, um die Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu verbessern. Dahinter steckte möglicherweise die Angst Griechenlands, noch mehr Flüchtlinge anzuziehen.

***„Die SPD will sofort und nachhaltig helfen“***

### **Schritt 2: Übernahme**

Die Union hat sich auf Drängen der SPD bewegt. Die Einigung sieht jetzt folgendermaßen aus: Ohne dass Deutschland auf andere EU-Länder wartet, werden insgesamt 2750 Geflüchtete aus Griechenland hierher kommen. Einige davon sind schon in Deutschland. Darüber hinaus werden wir uns auch an weiteren Aufnahmen aus Griechenland im europäischen Rahmen beteiligen. Bisher sind wir das einzige Land, das nach dem Brand zusätzlich Menschen in nennenswertem Umfang von den griechi-

schen Inseln holen will. Die Grünen in Europa, obwohl sie sich überbieten in ihrer Forderung nach Aufnahme, sind kein Garant dafür, Menschen zu helfen: Zum Beispiel will das schwarzgrün regierte Österreich gar niemanden aufnehmen.

### **Schritt 3: Europäische Lösung**

Wir brauchen schnell eine Einigung unter denjenigen Ländern, die sich solidarisch zeigen möchten, und dann endlich eine umfassendere gesamt-europäische Lösung. Nur so beenden wir ein für alle Mal das Geschachere um menschliche Schicksale. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu vor der Sommerpause des Bundestags konkrete Umsetzungsvorschläge verabschiedet. Die SPD kämpft weiter für diese europäische Lösung, die auch das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen einbindet. Dazu gehört, ein gemeinsam betriebenes Asylzentrum unter europäischer Flagge auf den griechischen Inseln einzurichten, damit Menschen – auch in Griechenland – menschenwürdig unterkommen und dann verteilt werden. Die EU-Kommission wird voraussichtlich noch im September Vorschläge für eine gemeinsame Asylpolitik vorlegen. Dann geht es darum, den Knoten endlich zu durchschlagen, Europa als Wertegemeinschaft zu stärken und eine menschliche Flüchtlingspolitik mit einem fairen und verlässlichen Verteilmechanismus zu finden.



# „Duogynon-Geschädigte müssen beteiligt werden“

Ministerium stellt Forschungsprojekt vor. Viele Fragen bleiben vorerst offen.

## Das BMG hat das Thema Duogynon bislang ignoriert. Warum?

*Der Duogynon-Skandal trifft direkt ins Herz damaliger Seilschaften zwischen Aufsichtsbehörde und Pharmaunternehmen. Konkrete Warnungen wurden ignoriert oder sogar verschleiert. Gehandelt wurde jahrelang nicht. Da liegen Leichen im Keller des Ministeriums, die nicht gerade ein gutes Licht auf die Behörde werfen.*

## Was hat sich geändert?

*Vor allem der starke Wille der Geschädigten, das angerichtete Leid öffentlich zu machen und die Verantwortlichen, zumindest moralisch, zur Rechenschaft zu ziehen, hat zu Bewegung geführt. Die Presse hat Duogynon dann zurecht als wichtiges Thema erkannt und auch wir Abgeordneten haben überparteilich gesagt: Dieser Skandal muss endlich aufgearbeitet werden.*

## Kommt nun die umfassende Aufarbeitung durch das Ministerium?

*Das kann man nur hoffen. Doch bislang hat das Ministerium nur vergangene Woche ein Forschungsprojekt zur Feststellung der Faktenlage angekündigt. Immerhin sollen explizit die Verbindungen zwischen BGA (heutiges BfArM) und der Schering AG (heute Bayer AG) untersucht werden. Das ist ein Erfolg aber noch ist nicht einmal geklärt, wer überhaupt forschen wird.*

## Und die Betroffenen?

*Die reagieren mit gemischten Gefühlen. Einerseits freuen sie sich, dass Duogynon überhaupt erst durch das Ministerium als Thema anerkannt wird. Andererseits hat das BMG bislang keine Absicht, die Betroffenen in den Prozess miteinzubeziehen. Das musste ich der Parl. Staatssekretärin bei der Vorstellung des Projektes erstmal mit auf den Weg geben.*



Foto: Jörg F. Müller /DBT

## Wie geht es jetzt weiter?

*Nun muss das Ministerium liefern: Zu klären ist noch die Finanzierung, mit wem zusammengearbeitet wird und ein verbindlicher Zeitplan fehlt auch. Da werden wir Abgeordnete noch viel Druck ausüben müssen, damit das Projekt tatsächlich der Aufklärung des Duogynon-Skandals dient.*

## Corona-Prämie für Pflegekräfte im Krankenhaus

Gemeinsam stellen die gesetzliche und die private Krankenversicherung 100 Millionen Euro für die Pflege im Krankenhaus bereit.

Der Betrag soll jeweils als 1000 Euro Prämie an diejenigen Beschäftigten gezahlt werden, die in Krankenhäusern arbeiten, die durch die COVID-19-Pandemie besonders hart belastet worden sind. Als besonders

belastet gelten solche Häuser, die eine bestimmte Mindestanzahl an COVID-19-Fällen vorweisen können. Neben dem Geld der Krankenversicherung können die Länder die Prämie um weitere 500 Euro aufstocken.

Wir haben uns im parlamentarischen Verfahren dafür eingesetzt, dass die Prämie nicht nur der Pflege am Bett zu Gute kommt, sondern allen Berufs-

gruppen im Krankenhaus zur Verfügung gestellt werden kann. Wie das Geld am Ende ausgezahlt wird, verhandeln die Krankenhausträger mit den betrieblichen Interessenvertretungen. Dadurch ermöglichen wir, dass die Verhandlungspartner flexibel auf die Situation vor Ort eingehen können. Nach der Altenpflege bekommt damit nun auch die Pflege im Krankenhaus eine finanzielle Anerkennung.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Wie weiter mit Russland?

Nach dem Giftanschlag auf Nawalny steht die Partnerschaft auf dem Prüfstand.

**Bisher war „Enttäuschung“ keine politische Kategorie für mich. Aber was Russland derzeit betrifft, macht sich Enttäuschung breit. Was bedeutet das für die Beziehungen zwischen Russland und Europa bzw. Deutschland?**

Der Giftanschlag auf den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny reiht sich ein in eine lange Liste: der Tiergarten-Mord, der Giftanschlag auf Sergej Skripal, der Mord an Anna Politkowskaja, zahlreiche Verhaftungen Oppositioneller, Gewalt an Frauen, Diskriminierung von LGBTI. International wird die Liste noch länger: Russland hat auf der Krim das Völkerrecht gebrochen, mischt mit in Syrien und Libyen, greift Computersysteme in westlichen Staaten an.

Russland ist ein zivilisiertes Land. Es ist historisch und kulturell eng mit Europa verzahnt. Aber Giftmorde und Zivilisation passen nicht zusammen. Wenn der Kreml Nawalny vergiftet hat, müssen die Russinnen und Russen Angst vor der Regierung haben. Aber auch, wenn der Kreml nichts damit zu tun hat, müssen alle Angst haben: Dann kann diese Regierung anscheinend solche Giftanschläge nicht verhindern.

## Was bedeutet das konkret für uns?

Das Festhalten an einer „Strategischen Partnerschaft“ ist schwierig geworden. Russland ist kein verlässlicher oder berechenbarer Partner mehr. Dennoch ist das Land ein glo-



Die russische Botschaft in Berlin, Unter den Linden.

baler Akteur, mit dem wir im Austausch bleiben müssen. Schon allein deshalb, um dem Kreml deutlich zu machen, dass er nicht tun kann, was er will.

Seitdem Russland die Krim annektiert hat, wird es sanktioniert – politisch und wirtschaftlich. Auch gegen Individuen und Einrichtungen wurden "smarte" Sanktionen verhängt, die nur die treffen, die sie treffen sollen: Zum Beispiel durch EU-weite Einreiseverbote und dem Einfrieren von Konten in der EU. Alle diese Sanktionen lassen sich erweitern. Aber sie müssen und dürfen nur die wirklich Verantwortlichen treffen.

Aus der Gaspipeline Nord Stream 2 sofort auszusteigen, fordern jetzt die-

jenigen, die schon immer dagegen waren. Das halte ich für überstürzt. Das ist ein europäisches Projekt, dessen Ende jetzt unsere Probleme mit Russland nicht lösen würde. Wir müssen weiterhin Aufklärung im Fall Nawalny fordern. Chemische Waffen einzusetzen, ist inakzeptabel und ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Russland ist Mitglied in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) und daher verpflichtet, bei der Aufklärung mitzuwirken. Wenn Ergebnisse vorliegen (ob mit oder ohne russische Mitwirkung), werden wir uns mit den europäischen Partnern verständigen, ob, und wenn ja welche, Sanktionen sinnvoll sind. Und wir werden klarmachen, dass Vertrauen wieder erarbeitet werden muss.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Nachhaltigkeit: Zukunftsfähigkeit und Zusammenhalt

Erstmals hat der Bundestag die im Klimaschutzgesetz beschlossene jährliche Plenarwoche „Nachhaltigkeit und Klima“ durchgeführt. Das Parlament zog eine erste Bilanz der Umwelt- und Klimapolitik und blickte optimistisch in die Zukunft.

Bis 2030 will Deutschland seinen Treibhausgasausstoß um mindestens 55 % gegenüber 1990 verringern. So ist es seit 2019 im Bundes-Klimaschutzgesetz festgeschrieben – ebenso wie das Bekenntnis zur Treibhausgasneutralität bis 2050. Erste Prognosen weisen darauf hin, dass die gesteckten Klimaziele für 2020 erreicht werden. Jedes Jahr im Herbst überprüft das Parlament in einer Plenarwoche „Nachhaltigkeit und Klima“ den eingeschlagenen Weg und die unternehmen Maßnahmen. Dieses Jahr hat der Bundestag die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, die Anhebung des europäischen Klimaschutzziels für 2030 auf ebenfalls 55 % Einsparung aktiv voranzutreiben.

## Atom- und Kohleausstieg: Meilensteine der Energiewende

Die erste Bilanz fällt durchaus positiv aus.. Das Kohleausstiegsgesetz ist ein Meilenstein für Nachhaltigkeit und Klimaschutz. 2038 geht das letzte Kohlekraftwerk vom Netz; wenn möglich schon 2035 oder vielleicht noch früher. In den kommenden drei Jahren schon werden die letzten Atomkraftwerke und ein Drittel der Kohle-erzeugungskapazitäten stillgelegt. Das wird sofort schnelle Wirkung erzielen und den Ausstoß der klimaschädlichen Gase in Deutschland deutlich reduzieren. Möglich ist das durch den konsequen-



ten Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland, einer von Rot-Grün vor rund 20 Jahren auf den Weg gebrachten Erfolgsgeschichte.

## Stärkung des Schienenverkehrs

Der Schienenverkehr erhält eine enorme Aufstockung der zur Verfügung stehenden Mittel für Betrieb und Investitionen. Sowohl der Personennah- wie der -fernverkehr werden davon deutlich profitieren. Engpassbeseitigung, Deutschlandtakt und neue Züge werden das Angebot spürbar attraktiver machen, während auch die Verlagerung von Güterströmen auf die Schiene vorankommen muss.

## Wasserstoff und energetische Sanierung

Mit der Wasserstoffstrategie investieren wir 7 Milliarden Euro in den Hochlauf der Wasserstofftechnologie – in klimascho-

nende Energie, neue Arbeitsplätze und einen künftigen Exportsektor. Energetische Sanierungen werden massiv vom Staat gefördert – das wird auch die Wirtschaft ankurbeln, so profitieren Umwelt und unsere wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit.

## Beim Insektenschutz muss es schneller gehen

Beim zweiten großen Thema neben dem Klimaschutz – Artensterben und Insektenschutz – muss es jetzt aber schneller gehen. Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner muss von der Bremse gehen, damit das Insektenschutzgesetz nach mehr als einem Jahr Verzug endlich im Parlament debattiert und verabschiedet werden kann!

Meine Rede zur Plenarwoche:

<https://carsten-traeger.de/rede-nachhaltigkeitswoche2020>